



Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
**Landesverband LSVD Queer-Mecklenburg-
Vorpommern**



LSVD Wahlprüfsteine zur Landtagswahl

Antworten der Parteien zum Thema: **Menschenrechtskonforme & LSBTIQ-inklusive Flüchtlingspolitik umsetzen**

5.1 Wie wollen Sie eine menschenrechtskonforme, LSBTIQ-inklusive Flüchtlingspolitik umsetzen (faire, kultursensible Asylverfahren, Zugang zu Information und unabhängiger Rechtsberatung, Gewaltschutz bei Unterbringung, keine Abschiebung in Verfolgerstaaten, LSBTIQ-Themen in Sprach-/Integrationskursen)?

5.2 Wollen Sie Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für LSBTIQ-lebende Einwander*innen unterstützen? Wenn ja, wie wollen Sie diese fördern?

5.3 Inwiefern wollen Sie sich für die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten im Dialog mit den internationalen Partnern Mecklenburg-Vorpommerns einsetzen?

SPD Mecklenburg-Vorpommern

Antwort Frage 5.1

Da LSBTIQ-Migrant*innen in besonderem Maße schutzbedürftig sind, muss ihnen zusätzliche Unterstützung zukommen. Daher setzen wir uns bei diesem Personenkreis u.a. für spezielle Beratungsangebote und Schutzkonzepte ein. Neben der Förderung von Maßnahmen zur Gewaltprävention und Sicherheit besonders schutzbedürftiger Personen verlangt deren persönliche Situation überdies eine entsprechende Qualifizierung und erhöhte Sensibilisierung des Personals in den Einrichtungen. Hier enthalten die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichten „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ im Hinblick auf LSBTIQ-Geflüchtete hilfreiche Hinweise bzgl. Schutzmaßnahmen, Beratungsangeboten und Personalschulung. Den Hinweis auf LSBTIQ-Themen in Sprach-/Integrationskursen werden wir aufgreifen.

Antwort Frage 5.2

Wir wollen Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für LSBTIQ-lebende Einwander*innen unterstützen, damit auch die spezifischen Bedürfnisse von zugewanderten LSBTIQ-Lebenden Berücksichtigung finden. Entsprechend der durch den Verein SchulZ e. V. in Wismar erfolgenden Betreuung und Beratung von Menschen verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten wollen wir derartige Angebote für Asylbewerber*innen und anerkannt Schutzberechtigte auch in anderen Landkreisen etablieren.

Antwort Frage 5.3

Wir erachten den Einsatz für die Menschenrechte von LSBTIQ-Personen als wichtigen Teil der deutschen Menschenrechtspolitik. Dabei unterstützt die Bundesrepublik durch ihre Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit die zivilgesellschaftliche Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ-Personen und berücksichtigt dabei spezifische Gefährdungslagen. Mit dem von der Bundesregierung in diesem Jahr beschlossenen Inklusionskonzept für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Personen für die Auswärtige Politik und die Entwicklungszusammenarbeit wird

dieses Engagement strategischer ausgerichtet. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dieses Konzept auch auf der Ebene der Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit seinen internationalen Partnern Berücksichtigung findet.

CDU Mecklenburg-Vorpommern

Antwort auf Frage 5.1 bis 5.3

Die Europäische Union und Deutschland helfen allen Menschen, unabhängig der sexuellen Orientierung, die in große Not kommen, weil sie politisch verfolgt werden oder aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und den rechtlichen und humanitären Verpflichtungen Deutschlands und Europas. Die CDU hat Asylverfahren und Rückführungen gerechter, strukturierter und effizienter gestaltet. Wir setzen unsere Anstrengungen weiterhin fort, damit die Zahl der nach Deutschland und Europa flüchtenden Menschen nicht nur dauerhaft niedrig bleibt, sondern sich weiter reduziert. Hierfür ist klar zwischen Menschen in Not und denen zu unterscheiden, die unser Land wieder verlassen müssen, weil sie nicht schutzbedürftig sind. Wir werden daher bestehende Probleme bei Abschiebungen prüfen, auf die konsequente Anwendung des Dublin-Systems drängen, den erweiterten Gewahrsam in Abschiebefällen ermöglichen und den Einsatz von Amtsärzten bei der Beurteilung der Reisefähigkeit ausbauen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen teilhaben können. Ihre Integration besteht für uns aus Fördern und Fordern. Für eine gezielte Frühförderung halten wir eine flächendeckende Sprachstanderhebung und die Einführung einer verbindlichen Sprachförderung für notwendig.

AfD Mecklenburg-Vorpommern

Antwort auf Frage 5.1 bis 5.3

Wer in Deutschland bleiben will, hat eine Bringschuld, was die Integration angeht. Hierzu gehört das Erlernen unserer Sprache, das Akzeptieren unserer Kultur, unserer Regeln und Gesetze. Wer dieses nicht möchte oder mit seinem Verhalten andere schädigt, hat sein Gastrecht verwirkt.

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern

Antwort Frage 5.1

Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Covid-19-Pandemie hat das Recht auf Asyl noch mehr eingeschränkt und die prekäre Situation vieler Geflüchteter verschärft. Die Forderung nach physischer Distanz in Zeiten einer Pandemie stellt sich für Massenunterkünfte als besonders problematisch heraus. Die noch verstärkte Isolation setzt die psychische Gesundheit vieler Geflüchteter aufs Spiel. Wir fordern dezentrale Unterbringung von queeren Geflüchteten (wie insgesamt von geflüchteten Menschen), Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und Hilfsangebote für queere Geflüchtete. Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt werden. Sie dürfen nicht abgeschoben werden – auch nicht in sogenannte sichere Herkunftsländer.

Antwort Frage 5.2

Wir wollen Fachstellen für LSBTIQA*-Geflüchtete einrichten. Dort können sich queere Geflüchtete zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für LSBTIQA*-Geflüchtete.

Antwort Frage 5.3

Nicht beantwortet

Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern

Antwort Frage 5.1

Noch immer werden in vielen Staaten Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Uns Bündnisgrünen ist es wichtig, allen Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf den notwendigen Schutz zukommen zu lassen. Dazu gehört es auch, LSBTIQ*-Geflüchtete auf Hilfsangebote in ihrer besonderen Situation aufmerksam zu machen. Sie brauchen Hinweise auf externe und interne Beratungsstellen und Ansprechpersonen. Der Schutz vor Diskriminierung und gewalttätigen Übergriffen muss unter allen Umständen gewährleistet sein. Deshalb setzen wir uns für Gewaltschutzkonzepte und Mindeststandards für die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ein. Die momentan praktizierte Separierung von LSBTIQ*-Geflüchteten innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte sehen wir kritisch. Für eine menschenwürdige Unterbringung und faire Behandlung LSBTIQ*-Geflüchteter fordern wir in unserem Landtagswahlprogramm, besondere Einrichtungen und Rückzugsmöglichkeiten zu schaffen. LSBTIQ*-Themen kommen bislang in allen Bildungsbereichen zu kurz. Diese zu stärken, auch mit dem Blick auf interkulturelle Kompetenzen, muss integraler Bestandteil von Sprach- und Integrationskursen sein, wenn sie ihrer Aufgabe wirklich gerecht werden wollen.

Antwort auf Frage 5.2

Die Beratungsangebote für LSBTIQ* müssen ausgebaut werden. Wichtig ist neben ortsnahen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch die Stärkung der LSBTIQ*-Organisationen, die derartige Angebote bislang engagiert anbieten.

Antwort auf Frage 5.3

Die Wahrung der Menschenwürde muss die Basis für jeden Dialog mit den internationalen Partnern von Mecklenburg-Vorpommern sein. Alle Menschen sind gleich und gleichwertig – hierzulande wie weltweit. Menschenrechte sind universell, vorbehaltlos, ausnahmslos und unteilbar gültig. Außenpolitik muss selbstverständlich die Rechte von LSBTIQ* einbeziehen und darf sich nicht auf wirtschaftliche Aspekte begrenzen. Wir müssen den Dialog auch nutzen, um auf die Probleme sexueller und geschlechtlicher Minderheiten hinzuweisen. Wir wollen zudem auch mit LSBTIQ* im Ausland in den Dialog treten und somit die Akteur*innen vor Ort stärken.

FDP Mecklenburg-Vorpommern

Die Fragen 5.1 und 5.2 wurden zusammen beantwortet:

Der Asylgrund "Verfolgung wegen sexueller Identität" wird im FDP-Bundesprogramm ausdrücklich hervorgehoben. Das Asylverfahrensgesetz ist an europäische Standards anzupassen. Verfahren und Unterbringung müssen für LSBTIQ-Geflüchtete sicher sein. Für Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ist es besonders wichtig, dass die Asylverfahren zügig bearbeitet werden, um kurzfristig Rechtssicherheit zu erlangen. Dabei muss der Grundsatz gelten, dass auch bei Asylverfahren aus sicheren Herkunftsländern, stets der jeweilige Einzelfall individuell geprüft wird.

Die Auswertung und die kompletten Antworten aller Parteien finden Sie unter <https://queer-mv.de/wahlpruefsteine-lsvd-queer-mv-e-v#antwort>